

## Uber, Airbnb und die Ordnungspolitik

Die Suche nach Suchneutralität

M. K. · Wie präsentiert sich die digitale Welt aus ordnungspolitischer Sicht? Das neue «Ordo»-Jahrbuch beleuchtet neben Fragen der europäischen Integrationspolitik auch einige Aspekte der «Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik im Internet». Heidi Dittmann und Björn A. Kuchinke etwa nehmen die sogenannte Sharing-Economy unter die Lupe, deren bekannteste Vertreter der Personenbeförderer Uber und die auf Übernachtungen bei Privatpersonen spezialisierte Airbnb sind.

Als Vorteile der Wirtschaft des Teilens gelten der Abbau von Informationsasymmetrien zwischen Anbietern und Nachfragern, die bessere Nutzung der Ressourcen sowie die Flexibilität des Angebots. Nach Meinung der Autoren beruhen diese Vorzüge aber nicht auf Eigenschaften der Sharing-Economy als solcher, sondern auf der Nichtbefolgung bestehender Regeln. Das System werde nämlich in mehrfacher Hinsicht begünstigt: Weder sei es einem generellen Ordnungsrahmen noch einer Sektorregulierung unterworfen, und steuerliche Bestimmungen gälten für sie bestenfalls eingeschränkt. Nicht nur für die Autoren ist das aus ordnungswirtschaftlicher Sicht problematisch, kann doch von einem fairen Wettbewerb keine Rede sein. Wenn Tauschprozesse, die bisher zwischen Privaten zustande kamen, professionalisiert werden, also gewerblichen Charakter erlangen, müsste dies nach den Regeln des Marktes geschehen, so wird argumentiert. Ein fairer Wettbewerb aber setze einheitliche Vorgaben für alle Teilnehmer voraus. Das Fazit könne daher nur lauten: Wie revolutionär und nachhaltig die Sharing-Economy wirklich ist, wird sich erst zeigen, wenn für sie die gleichen Spielregeln gelten wie für andere Anbieter.

Anknüpfend an die Verfahren der Wettbewerbsbehörden der USA und der EU gegen den Suchmaschinenbetreiber Google stellen Ralf Dewenter und Hendrik Lüth einen alternativen Ansatz für die sogenannte Suchneutralität vor. Trotz dem Bestreben, zu nicht wertenden und nicht verzerrten Suchergebnissen zu gelangen, fehle weiter eine allgemein akzeptierte Lösung. Ziel der Internetsuche sei es ja, ein Ergebnis



ORDO Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Band 66; Verlag Lucius & Lucius, Stuttgart 2015, 467 S., 104 €.

zu erhalten, das nahe an den Präferenzen der Nutzer liege. Das Spektrum der Suchmaschinen reiche dagegen von «vollständigen und objektiven», ausschliesslich auf Relevanz basierenden Suchergebnissen bis zu ganz offensichtlich vom Bestreben getragenen Ergebnissen, «ungehindert ein bestimmtes Publikum zu erreichen». Aber Suchmaschinen sind definitionsgemäss wertend, sie müssen eine Rangfolge erstellen und nehmen damit in Kauf, zu differenzieren, ja auch zu diskriminieren.

Die Autoren empfehlen stattdessen einen – allerdings ebenso unbefriedigenden – ökonomischen Ansatz für Suchneutralität. Dieser stellt in Anlehnung an Verzerrungen in der Medienberichterstattung auf das Konzept des sogenannten Media-Bias ab, um eine negative Definition von Suchneutralität zu erhalten. Diese werde dann verletzt, wenn eine Suchmaschine Ergebnisse vorsätzlich und systematisch gegen die Präferenzen der Nutzer produziere und dabei die Absicht verfolge, die eigenen Deckungsbeiträge zu erhöhen. Ein Such-Bias ist damit nichts anderes als eine bestimmte Form des Media-Bias. Allerdings werde damit nicht automatisch ein Missbrauch von Marktmacht begründet, setze doch dieser eine Schädigung Dritter voraus, also etwa eine Ausbeutung von Nachfragern oder eine Behinderung von Konkurrenten.

## Die falsch verstandene Soziale Marktwirtschaft

War Ludwig Erhard kein Neoliberaler?

Gerhard Schwarz · Die Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, aber auch der Schweiz und Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg ist untrennbar mit der «Sozialen Marktwirtschaft» verbunden. Das «Wirtschaftswunder» der 1950er und 1960er Jahre wird oft auf diese ordnungspolitische Konzeption zurückgeführt. Der verführerische Slogan half zudem, Bevölkerungen, die lange in einer staatlich gelenkten Kriegswirtschaft gelebt hatten oder sich von sozialistischen Planwirtschaften beeindruckt liessen, eine halbwegs freie Wirtschaftsordnung zu «verkaufen». Das war vor allem das Verdienst Ludwig Erhards, der als erfolgreicher Wirtschaftsminister (1949–1963) und als politisch glückloser Bundeskanzler (1963–1966) mit Zivilcourage gegen den «Mainstream» kämpfte und sein Versprechen des «Wohlstands für alle» einlöste. Inzwischen haben sich Parteien von rechts bis links der Formel bemächtigt, und da alle «Soziale Marktwirtschaft» anders interpretieren, ist sie zu einem inhaltsleeren Schlagwort gekommen.

Deshalb greift man gerne zu einem Buch, das Begriffsklärung verspricht. Sein Autor, Horst Friedrich Wünsche, war von 1973 bis zu Erhards Tod 1977 dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter und hat danach lange Jahre die Ludwig-Erhard-Stiftung geleitet. Doch die Erwartungen werden enttäuscht. Das liegt an der hagiografischen Herangehensweise, der ausholenden, durch viele Wiederholungen geprägten Auslegung und dem Ausblenden von Er-

kenntnissen der Public-Choice-Schule, vor allem aber an einer weit hergeholt, wenig überzeugenden These.

Natürlich enthält das Buch viel Richtiges. So kann man kaum genug betonen, dass die politische Ökonomie der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wert-



Horst Friedrich Wünsche: Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft. Wissenschaftliche Grundlagen und politische Fehldeutungen. Reinbeck/München Lau-Verlag 2015, 459 S., 34 €.

orientiert war und sich nicht als technokratische Instrumentenlehre verstand. Ein Lehrer Erhards, Adolf Günther, bezeichnete das Bemühen um Werturteilsfreiheit gar als Flucht aus der Verantwortung – und Erhard scheint diese Einschätzung geteilt zu haben. Zentral für das Verständnis der Sozialen Marktwirtschaft ist ferner, dass in ihr das Ökonomische kein Selbstzweck ist, sondern es um die Würde des Menschen geht. Immer wieder betont Wünsche, dass die Absage an jede Bevormundung durch den Staat zwar auch mit Wohlstand zu tun hat, aber vor allem mit Entscheidungsfreiheit und Selbstverantwortung. Dankbar ist man für den Hinweis auf Erhards Freiheitsbegriff, der weit weg ist von der modischen Neigung, jeden Mangel als Unfreiheit zu interpretieren. Und da man das Soziale der Marktwirtschaft ausserhalb interpretieren kann, ist Wün-

sches Hinweis wichtig, Erhard habe vor der Vorselektion der Sozialpolitik gewarnt und soziale Sicherheit nicht durch Einkommensumverteilung angestrebt, sondern durch eine Wirtschaftspolitik, die es jedem ermöglicht, durch eigene Anstrengung für sich und die Seinen vorzusorgen.

Solche Ansichten findet man auch bei den «Ordoliberalen» zuhauf. Umso unverständlicher ist, mit welcher Penetranz Wünsche versucht, einen Keil zwischen sie und Erhard zu treiben. Besonders betont er den Gegensatz zwischen Erhard und Walter Eucken, er hebt aber auch die Unterschiede zu anderen Liberalen der Nachkriegszeit wie Friedrich von Hayek, Wilhelm Röpke oder Alfred Müller-Armack hervor. Das Leitsatzgesetz von 1948, das eine Freigabe vieler bis dahin regulierter Preise deklarierte, sieht er nicht als Ausdruck «von unerschütterlichem liberalem Urvertrauen», sondern als Versuch eines reibungslosen Übergangs von der behördlichen Produktionslenkung zur Steuerung mittels Preisen. Nicht nur hier gewinnt man den Eindruck, Wünsche wolle Erhard unbedingt als Mann der Mitte positionieren. Gegen Schluss schreibt er reichlich anmassend, Erhards Ordnungsvorstellungen seien in Deutschland nie recht verstanden worden. Vielleicht liegt das ja auch daran, dass es sich bei der «Sozialen Marktwirtschaft» entgegen den Behauptungen Wünschens eben nicht um eine stringente wissenschaftliche Konzeption handelt, sondern eher um ein erfolgreiches wirtschaftspolitisches Programm – was ja nicht ehrenrührig ist.

## Arznei gegen Armut

Die Mikrofinanz als eine effektive Mehrzweckwaffe

msf. · Trotz grossen Verbesserungen in den vergangenen Jahrzehnten zählt die Armut noch immer zu den bedeutendsten Herausforderungen der Menschheit. Dass Fortschritte erzielt worden sind, ist gemäss den Autoren des Buchs «Small Money – Big Impact» auch einer besonderen Form der Entwicklungshilfe zu verdanken: der Mikrofinanz.

Peter Fanconi und Patrick Scheurle sind beide bei Blue Orchard tätig, einem Anbieter von Mikrofinanz-Anlagen. Die Mikrofinanz, laut den Autoren eine effektive Mehrzweckwaffe, ermöglicht Armen in Entwicklungs- und Schwellenländern den Zugang zu Kapital und anderen Finanzdienstleistungen. Dies erlaube ihnen, Mikrounternehmer zu werden, wodurch sich für die Mehrheit

nicht nur das Einkommen und der Lebensstandard verbesserten, sondern auch die Chancen auf eine Schulbildung ihrer Kinder. Vielen gelinge es so, sich aus der Armut zu befreien.

Zugleich habe sich die Mikrofinanz als Anlageklasse etabliert, die Investoren risikoadjustiert attraktive Renditen liefere. Durch das Anziehen privaten Kapitals stehe auch mehr Entwicklungshilfe zur Verfügung, während die beiden letztgenannten Punkte wenig umstritten sind, gilt der Nachweis einer positiven Wirkung der Mikrofinanz als wissenschaftlich schwer zu erbringen. Dem Buch hätte eine intensivere Auseinandersetzung mit kritischen Stimmen zur Mikrofinanz denn auch gutgetan.

Der potenzielle Nutzen ist jedoch auch sonst hoch, denn Fanconi und Scheurle führen die Leser auf eine spannende Reise hinter die Kulissen der Mikrofinanz. Auf dieser erfährt man viel Wissenswertes über die Akteure, das Zustandekommen von Mikrokrediten (dem wichtigsten Produkt der Mikrofinanz) und die neusten Entwicklungen auf dem noch relativ jungen Markt. Von hohem Wert dürfte dies vor allem für interessierte Investoren sein. Kaum ein Anlageberater wird ihnen die Welt der Mikrofinanz derart detailliert und dennoch verständlich darlegen können.

Peter Fanconi, Patrick Scheurle: Small Money – Big Impact. Mikrofinanz: Leben ohne Armut. Verlag NZZ, Zürich 2015, 296 S., Fr. 39.–.

## Weiche Faktoren des Firmenerfolgs

Der Chef als Manager der Unternehmenskultur

ai. · Der Erfolg eines Unternehmens ist messbar und spiegelt sich etwa in den Umsätzen oder Margen. Auch die Faktoren, die zum Erfolg führen, können objektiver Natur sein und beispielsweise die Kapitalausstattung oder das Forschungsbudget eines Betriebs umfassen. Daneben gibt es aber auch weiche Elemente wie die Firmenkultur. Die aus der Praxis stammenden Autoren Hans Hässig und Roland F. Stoff legen in einem Buch dar, was es damit auf sich hat, und verfechten die These, dass die Unternehmenskultur das wirkungsvollste Mittel ist, um Erfolg und Misserfolg zu steuern. Der Begriff ist schwer zu fassen und umschliesst im Wesentlichen die in einer Firma geltenden Werte; diese können konkret sein und sich auf unternehmerische Sprache oder Ziele beziehen;

sie können aber auch als Ausdruck geltender Grundprämissen verstanden werden und das von der Firma gepflegte Menschenbild umfassen.

Für die Autoren bildet die Unternehmenskultur nicht zuletzt auch die Basis für die Formulierung einer Firmenstrategie. Sie lässt sich nicht von oben dekretieren, sondern muss auf dem bestehenden Potenzial eines Betriebs aufbauen, «auf der eigenen Wertepprägung und den Produkt- und Dienstleistungs-Profilen». Und diese wiederum sollten von den Mitarbeitern getragen werden. Vor diesem Hintergrund beschreiben Hässig und Stoff auch, was einen guten Chef ausmacht; er sollte ein «Kulturmanager» sein, eine glaubwürdige Führungsfigur, der es gelingt, «Menschen hinter einem Ziel zu vereinen und ihnen die Möglich-

keit zu geben, ihre Fähigkeiten voll zu entfalten». Er muss auch imstande sein, das Umfeld so zu gestalten, dass das Engagement der Angestellten, ihre Bereitschaft zu Mehrarbeit, Eigeninitiative und Loyalität gefördert wird. Mit monetären Anreizen allein sind solche Extra-Efforts nicht zu erreichen.

Die Autoren bieten wenig Theorie (und wenn, dann in Form grober Pauschalurteile), sondern einen praktischen Leitfaden inklusive etwa eines «Schnelltests der persönlichen Wertekultur». Das Buch kann auch von eiligen Managern zu Rate gezogen werden.

Hans R. Hässig, Roland F. Stoff: Unternehmenskultur verstehen. Die Basis für den langfristigen Erfolg. Cosmos-Verlag, Muri 2015, 230 S., Fr. 74.–.

## Liberalismus als «Ansinnen ohne Ablaufdatum»

Rolf Steltemeier schlägt einen grossen Bogen zum Thema Freiheit

Detmar Doering · Versuche, den Liberalismus historisch darzustellen, hat es immer wieder und in wechselhafter Qualität gegeben. Das Buch «Liberalismus» des Politikwissenschaftlers Rolf Steltemeier übertrifft die bisherigen Versuche indessen an Kühnheit, indem es eine grosse Brücke zwischen der Ideengeschichte und der politischen Praxis schlägt. Der Autor erweitert die Geschichte der liberalen Ideen um den Aspekt der Implementierung im realen politischen Raum.

Von Hobbes bis Eucken

Der Liberalismus hat als die traditionsreichste politische Strömung der Neuzeit eine turbulente Entwicklungsgeschichte durchlaufen, die zu einem sehr facettenreichen Erscheinungsbild führte. Dieser Eindruck stellt sich auch bei der Lektüre von Steltemeiers ausführlichen und äusserst fachkundigen Schilderungen der liberalen Denker seit dem 17. Jahrhundert ein. Es beginnt mit Hobbes (kein echter Liberaler, aber ein grundlegender Denker des methodologischen Individualismus) und Locke, führt über die Denker des 19. und des 20. Jahrhunderts bis hin zu heutigen Vertretern wie Amartya Sen, Hernando de Soto oder Wolfgang Kersting. Einige Analysen zeugen von hoher Originalität, etwa die Positionierung des deutschen Ordoliberalen Walter Eucken oder die ungewöhnliche Kategorisierung des als Manchesterliberaler verschrienen Richard Cobden als Sozialliberaler; die letztgenannte Interpretation überzeugt deshalb, weil Cobden tatsächlich immer das soziale Moment bei seinem Argument für Freihandel in den Vordergrund stellte.

Eine Idee – konkret umgesetzt

Aus diesem geistesgeschichtlichen Abriss, der den grössten Teil des umfangreichen Buchs ausmacht, versucht der Autor nun eine insgesamt überzeugende «Typologie» (im Sinne Max Webers) des Liberalismus zu formulieren. Deren Kern wird an vier Politikfeldern erläutert. Im Bereich Bürgerrechte umfasst



Rolf Steltemeier: Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung. Nomos-Verlag, Baden-Baden 2015, 703 S., 98 €.

der Liberalismus demnach individuelle Freiheit und Eigentum, in der Wirtschaftspolitik steht er für eine Marktwirtschaft (etwas, dem nicht alle genannten Denker so zustimmen würden), in der Sozialpolitik für eine die Eigeninitiative fördernde Politik, die auch Ungleichheiten in Kauf nehmen kann. Mit der internationalen Politik tun sich Liberale schwer, aber es dominiert das Plädoyer für wirtschaftliche Offenheit und Friedenspolitik.

Von dieser Kernanalyse aus rückt Steltemeier dann (in einem gewagt weiten Bogen) zu Analyse des bestehenden parteipolitischen Liberalismus vor. Der Welt-Dachverband der Liberal International und seine Mitgliedsparteien werden an einem Typologie-basierenden Raster gemessen. Sein Fazit ist dabei, dass die Rückbesinnung auf den eigentlichen Kern langfristig mehr Erfolg beim Wähler generiert als das Aufspringen auf modische Trends. Das schreibt er auch der deutschen FDP ins Stammbuch, bei der er nach der Wahlniederlage von 2013 grosse Potenziale sieht, die sie nur nutzen muss. Die liberale Freiheitsidee bleibe, so heisst es am Schluss, aktuell, denn «dieses Ansinnen hat kein Ablaufdatum».

Der Autor ist Leiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Berlin.